



Vorlagennummer: AT/12104/25
Vorlageart: Antrag
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich

Antrag "Den Rat stärken - Veränderung der Reihenfolge der Tagesordnungspunkte bei Ratssitzungen" (Antrag der SPD-Fraktion vom 12.09.2025, eingegangen am 12.09.2025)

Datum: 15.09.2025
Federführung: 01 - Büro der Oberbürgermeisterin
Organzuständigkeit: RAT

Beratungsfolge

Gremium	Geplante Sitzungstermine	Öffentlichkeitsstatus
Verwaltungsausschuss	30.09.2025	N
Rat der Hansestadt Lüneburg	01.10.2025	Ö

Beschlussvorschlag

Der Antrag wird abgelehnt.

Sachverhalt

Die Verwaltung nimmt zu dem beigefügten Antrag wie folgt Stellung:

Auf die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der Gruppe Die Partei/Die Linke „Zeitlich plausible Behandlung von Anfragen und Anträgen in den Ratssitzungen“ vom 29.02.2024, Vorlage VO/11189/24, wird verweisen.

Der Rat der Hansestadt Lüneburg hat sich in seiner Sitzung am 30.05.2024 unter TOP 20.4 mit dem vorgenannten Antrag befasst. Die Fraktionen haben sich in dieser Sitzung gegen die Änderung der Geschäftsordnung ausgesprochen. Der Antrag wurde zurückgezogen, s. Protokoll der Sitzung vom 30.05.24.

In dem nun vorliegenden Antrag wird zum Einen auf die Wartezeit der Einwohnenden bis zur Möglichkeit, Einwohnendenfragen zu stellen, eingegangen und andererseits auf die Dauer der Mitteilungen der Verwaltung.

Die interfraktionelle Arbeitsgruppe, die sich mit der Neufassung der Geschäftsordnung befasst hat, hat sich mit der Positionierung der Einwohnendenfragen im Verlauf der Sitzung beschäftigt und dabei auch die optionale Wartezeit thematisiert. Das Einfügen nach den Mitteilungen der Verwaltung, die auch zur Information der Einwohnenden dienen, aber vor den Verhandlungsgegenständen der Verwaltung, wurde dabei für gut befunden.

Zu den Mitteilungen der Verwaltung zählen, entsprechend der Auflistung in der Geschäftsordnung des Rates der Hansestadt Lüneburg, u.a. auch die Berichte aus dem Verwaltungsausschuss sowie weitere Beschlüsse aus nichtöffentlich tagenden Gremien und Informationen über wichtige Angelegenheiten.

Die Gruppe Die Partei/Die Linke hat am 10.09.2024 „Mehr Transparenz bei Beschlüssen“ des

Verwaltungsausschusses beantragt (vgl. VO/11472/24). Auch wenn der Rat in seiner Sitzung am 13.02.2025 die Nichtbefassung dieses Antrags beschlossen hat, wurde dennoch die Festlegung von Berichtspunkten im Verwaltungsausschuss verabredet (s. Protokoll der Sitzung vom 18.03.2025). Die Verwaltung kommt folglich im Rahmen der Mitteilungen der Verwaltung auch einer Forderung des Rates nach mehr Information und Transparenz nach.

Die Mitteilungen der Verwaltung haben seit Beginn des Jahres ein Zeitfenster von weniger als 20 Minuten eingenommen, in denen sogar mehrfach Verabschiedungen von Mitgliedern der Verwaltung oder des Seniorenbeirats vorgenommen wurden. Die Mitteilungen in der Sitzung des Rates direkt nach den Sommerferien nahm tatsächlich einen längeren Zeitraum ein (33 Minuten), da über zahlreiche Ereignisse und Termine berichtet wurde, die in der längeren sitzungsfreien Zeit stattgefunden hatten. Außerdem wurde eine kurze Information zum Thema „Ganztagschulen“ geteilt, um auf die aktuelle Situation einzugehen.

Ein Ausufern der Mitteilungen der Verwaltung ist von daher nicht festzustellen. Die Wartezeit für Einwohnende lag deutlich unter einer Stunde, sofern keine Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens verabschiedet wurden.

Anlage/n

- Anlage 1: Antrag SPD Rat stärken -Reihenfolge der Tagesordnungspunkte ändern (öffentlich)
- Anlage 2: Vorlage VO/11189/24 Antrag plausible Behandlung von Anträgen und Anfragen (öffentlich)
- Anlage 3: Protokollauszug zu TOP 20.4 der Ratssitzung am 30.05.2024 (öffentlich)



SPD Stadtratsfraktion – Auf dem Meere 14-15 – 21335 Lüneburg

Frau Oberbürgermeisterin
Claudia Kalisch
Hansestadt Lüneburg
Am Ochsenmarkt 1

Ihre Ansprechpartner:
Thomas Dißelmeyer

21335 Lüneburg

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben vom

Unser Zeichen

12.09.2025

Den Rat stärken - Veränderung der Reihenfolge der Tagesordnungspunkte bei Ratssitzungen

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Kalisch,

die SPD-Fraktion stellt zur nächsten Ratssitzung folgenden Antrag:

Die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte der Ratssitzung wird wie folgt geändert:

- a) Einwohnendenfragen
- b) Anträge
- c) Mitteilungen der Verwaltung

Begründung:

Aktuell ist die Reihenfolge wie folgt sortiert: Mitteilungen der Verwaltung, Einwohnendenfragen, Anträge. Meist ist die erste Stunde der Ratssitzung nach dem TOP Mitteilungen der Verwaltung schon vergangen. Einwohnende die mit einer Frage zur Ratssitzung kommen müssen gut eine Stunde auf das Aufrufen ihrer Frage warten. Besonders Bürgerfreundlich ist das nicht!

Der Rat konnte in letzter Zeit seine Tagesordnung in der Regel nicht abarbeiten. Zwischen Einreichung und Behandlung von Anträgen und Anfragen vergeht meist eine zu lange Zeit. Der Rat beraubt sich damit einer zeitnahen Behandlung wichtiger Angelegenheiten. Dies könnte eine frühere Behandlung in der Tagesordnung verändern.

Der Zeitrahmen den der TOP Mitteilungen der Verwaltung einnimmt ufert immer mehr aus. Meist ist die erste Stunde der Ratssitzung schon vergangen bevor der Rat in sein Tagesgeschäft einsteigen kann. Viele dieser Mitteilungen könnten dem Rat in schriftlicher Form mitgeteilt werden beziehungsweise als Berichtsvorlage den Rat erreichen.

Mit freundlichem Gruß

gez. Dißelmeyer

Auf dem Meere 14-15 Tel.: 0 41 31/23 28 59
21335 Lüneburg Fax: 0 41 31/33 104

Sparkasse Lüneburg
IBAN: DE49 2405 0110 0057 0502 54
BIC: NOLADE21LBG

Vorsitzender:
Thomas Dißelmeyer

Email: info@spd-ratsfraktion-lueneburg.de
Internet: www.spd-ratsfraktion-lueneburg.de

01 - Büro der Oberbürgermeisterin
Frau Kamionka

Datum:
01.03.2024

Antrag

Beschließendes Gremium:

Antrag "Zeitlich plausible Behandlung von Anfragen und Anträgen in den Rats-sitzungen" (Antrag der Gruppe Die Partei/Die Linke vom 29.02.2024, eingegangen am 29.02.2024)

Beratungsfolge:

Öffentl. Status	Sitzungs- datum	Gremium
Ö	04.04.2024	Rat der Hansestadt Lüneburg

Sachverhalt:

Der Antrag "Zeitlich plausible Behandlung von Anfragen und Anträgen in den Ratssitzungen" der Gruppe Die Partei/Die Linke vom 29.02.2024 ist am 29.02.2024 eingegangen und dieser Vorlage als Anlage beigelegt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Geschäftsordnung des Rates der Hansestadt Lüneburg und damit auch die Abfolge des Sitzungsverlaufs (§ 4) wurde nach Erarbeitung in einer interfraktionellen Arbeitsgruppe im Juli 2022 neu gefasst. Seitdem erfolgt die Beratung und Beschlussfassung über die in der Tagesordnung bezeichneten Verhandlungsgegenstände („Vorlagen der Verwaltung“) vor der Befassung mit den politischen Anträgen und Anfragen. Diese Regelung entspricht den Empfehlungen in der Muster-Geschäftsordnung des Niedersächsischen Städtetages (NST) und entsprach dem mehrheitlichen Votum der vorgenannten interfraktionellen Arbeitsgruppe. Insbesondere war politischer Wunsch, sich bei der Erarbeitung einer Geschäftsordnung stark an der Muster-Geschäftsordnung des NST zu orientieren und damit Abkehr von einer über Jahre und Jahrzehnte gewachsenen Geschäftsordnung zu nehmen, deren Regelungen teilweise wenig nachvollziehbar und sogar widersprüchlich waren. Der Beschluss über die Neufassung der Geschäftsordnung erfolgte seinerzeit einstimmig.

Die nunmehr beantragte Änderung des regelmäßigen Sitzungsablaufs kann nicht isoliert betrachtet werden, sondern dürfte auch Auswirkungen auf die Sitzungsdauer und/oder die Anzahl der Sitzungstage haben. Denn die Notwendigkeit der Herbeiführung einer Beschlusslage des Rates zu den „Vorlagen der Verwaltung“ resultiert in aller Regel aus der originären Zuständigkeit des Organs „Rat“. Auf eine Beschlusslage des Rates als weitere Handlungsgrundlage für die Verwaltung kann damit nicht verzichtet werden (§ 85 NKomVG: „Die Hauptverwaltungsbeamtin (...) führt die Beschlüsse der Vertretung (...) aus.“).

Nach der bis zum 13.07.2022 geltenden Geschäftsordnung des Rates der Hansestadt Lüneburg war eine umgekehrte Beratungsfolge – zunächst politische Anträge/Anfragen, dann Vorlagen der Verwaltung – vorgesehen. Dies führte regelmäßig dazu, dass Verwaltungsvorlagen aus Zeitgründen vertagt wurden und Vorlagen, die dringend einer Entscheidung (Beschlussfassung) bedurften nur unzureichend beraten werden konnten. Dies war der Hauptgrund für die Änderung der Beratungsfolge mit der Geschäftsordnung vom 13.07.2022 in der oben beschriebenen Weise.

Die Gruppe Die PARTEI / Die Linke möchte mit dem Antrag offensichtlich erreichen, dass eine größere Anzahl politischer Anfragen und Anträge in einer Ratssitzung behandelt werden kann als bisher. Sofern der mehrheitliche Wunsch besteht, dieses Ansinnen durch eine Änderung der Geschäftsordnung zu fördern, wird empfohlen, dies zunächst im Rahmen einer interfraktionellen Arbeitsgruppe vorzubereiten und den in § 4 Absatz 1 der Geschäftsordnung geregelten Sitzungsablauf vorerst beizubehalten.

Die Verwaltung spricht sich aus den o.g. Gründen aber gegen eine diesbezügliche Änderung der Geschäftsordnung aus.

Eine Entscheidung über den Inhalt der Geschäftsordnung bedarf als Akt der Selbstorganisation des Rates keiner Vorbereitung durch den Verwaltungsausschuss.

Beschlussvorschlag:

Sh. Antrag "Zeitlich plausible Behandlung von Anfragen und Anträgen in den Ratssitzungen" (Antrag der Gruppe Die Partei/Die Linke vom 29.02.2024, eingegangen am 29.02.2024)

Anlagen:

Antrag "Zeitlich plausible Behandlung von Anfragen und Anträgen in den Ratssitzungen" (Antrag der Gruppe Die Partei/Die Linke vom 29.02.2024, eingegangen am 29.02.2024)

Beteiligte Bereiche / Fachbereiche:



Gruppe im Rat der Hansestadt Lüneburg

Gruppensprecherin: Marianne Esders
Reichenbachstraße 2, 21335 Lüneburg
marianne.esders@dielinke-lueneburg.de

Hansestadt Lüneburg
Oberbürgermeisterin Claudia Kalisch
Am Ochsenmarkt 1
21335 Lüneburg

Lüneburg, den 29.02.2024

Antrag einer zeitlich plausiblen Behandlung der von den Ratsfraktionen und -gruppen eingebrachten Anfragen und Anträge in den Ratssitzungen

Die Gruppe Die PARTEI / Die Linke beantragt eine Änderung der Geschäftsordnung des Rates der Hansestadt Lüneburg mit dem Ziel, eine Umstellung der Tagesordnungsreihenfolge für die Ratssitzungen in einer solchen Weise zu erwirken, dass in jeder Sitzung ein plausibles Mindestmaß an Anträgen und Anfragen der Ratsfraktionen und -gruppen diskutiert und abgestimmt wird und es nicht in wiederholtem Maße zu einer nicht mehr haltbaren wochen- bzw. monatelangen zeitlichen Verzögerung der politischen Themensetzungen kommt.

Begründung

Im Rat der Hansestadt Lüneburg nehmen die Ausführungen der Verwaltung einen zeitlich sehr gewichtigen Anteil einer jeweiligen Ratssitzung ein. Dies führt dazu, dass Anträge und Anfragen der Fraktionen und Gruppen im Sitzungsrahmen weit nach hinten geschoben, über Monate hinweg nicht diskutiert und bei Verschiebungen und Rückverschiebungen zwischen Ausschüssen und Ratssitzungen in einem Zeitrahmen von zum Teil mehr als einem Jahr wieder vorgelegt und abgestimmt werden. Dies führt zu Unmut nicht nur unter den Ratsmitgliedern, sondern auch unter den Menschen aus der Zivilbevölkerung, die ihre Anliegen über Fraktionen und Gruppen in den Rat tragen und von Ratssitzung zu Ausschusssitzung zu Ausschusssitzung zu Ratssitzung vergeblich auf die Behandlung ihrer Anliegen warten. Die dadurch entstehende Politikverdrossenheit kann nicht im Sinne der Oberbürgermeisterin, der Ratsvorsitzenden oder der Ratsmitglieder sein. An diesem Punkt sollte der Rat kritisch hinterfragen, inwieweit die aktuelle Strukturierung der Ratssitzungen noch eine demokratische Repräsentation der Belange der Stadtbewohner*innen ermöglicht und spiegelt. Auch die Verwaltung würde sich eine Menge Mehrarbeit sparen, wenn sie nicht zu jeder Sitzung die Beantwortung von zuvor nicht behandelten Anfragen erneut anpassen müsste, um Sachverhalte nach dem jeweilig neuen Stand der Dinge darstellen zu können.

Ein plausibles Mindestmaß an Anträgen und Anfragen meint nicht eine Anzahl von ein bis zwei Anträgen pro Ratssitzung, wie z.B. in der Ratssitzung vom 29. Februar 2024 geschehen, sondern in jeder Ratssitzung sollten mindestens fünf bis zehn Tagesordnungspunkte aus der Sektion Anträge und Anfragen behandelt werden. Um dies zu ermöglichen, bitten wir darum, Anträge und Anfragen der Fraktionen und Gruppen in der Tagesordnungsreihenfolge nach den Einwohnendenfragen und vor den von der Verwaltung auf die Tagesordnung gesetzten Inhalten zu behandeln.

Wir bitten darum, diesen Antrag nicht nach hinten auf die Tagesordnung der kommenden Ratssitzungen zu setzen und erst nach mehreren Monaten abzustimmen, sondern schnellstmöglich eine Verbesserung der nicht länger hinnehmbaren Situation herbeizuführen.

Mit freundlichen Grüßen

Gruppensprecherin Die PARTEI / Die Linke



Protokollauszug

Sitzung des Rates der Hansestadt Lüneburg vom 30.05.2024

TOP 20.4 **Antrag "Zeitlich plausible Behandlung von Anfragen und Anträgen in den Ratssitzungen" (Antrag der Gruppe Die Partei/Die Linke vom 29.02.2024, eingegangen am 29.02.2024)**
VO/11189/24

Der Antrag wurde zurückgezogen.

Beratungsinhalt:

Ratsfrau Esders geht darauf ein, dass einige Anträge mehr als ein halbes Jahr auf der Tagesordnung standen, ehe sie beraten wurden. Dies sei bedauerlich für die Menschen, deren Interessen mit den Anträgen vertreten werden sollten. Teilweise seien Bürger:innen anfangs wegen dieser Themen gekommen und nach mehrmaligem Verschieben weggeblieben. Sie habe aber auch feststellen können, dass der Rat es inzwischen wieder schaffe, vermehrt Anträge und Anfragen zu beraten.

Ratsherr Soldan merkt an, dass mit einer anderen Geschäftsordnung kein besseres Ergebnis zu erwarten wäre. Wenn viele Anträge und Anfragen gestellt würden, käme man ins Hintertreffen, das werde auch so bleiben. Die Verwaltung habe mehrfach angeboten, dass Themen auch über direkte Wege geklärt werden könnten. Daher sollte der Rat sein eigenes Verhalten überdenken.

Ratsfrau Lotze erklärt, dass der Wunsch nachvollziehbar sei, Anträge früher zu beraten. Aktuelle Themen machten es manchmal erforderlich, sich umfassender zu positionieren und zu diskutieren. Sie spreche sich gegen eine Änderung der Geschäftsordnung aus. Man sollte sich lieber selbst beobachten.

Ratsherr Schwake geht darauf ein, dass man mehr Themen behandeln könne, wenn alle Beteiligten sich kürzer halten würden. Es sei wichtig, dass erst über die Vorlagen der Verwaltung gesprochen werde. Es sei die Aufgabe des Rates, die Verwaltung zu steuern. Außerdem sollte man sich bei Anträgen nicht auf die Weltpolitik, sondern auf die Dinge konzentrieren, die man verändern könne.

Ratsherr Blanck zeigt Verständnis und macht deutlich, dass die Änderung der Geschäftsordnung an der Sache grundsätzlich nichts ändern würde. Die geltende Geschäftsordnung sei ziemlich gut. Sie sollte konsequent angewandt werden, ohne die Regelungen kreativ zu umgehen. Das liege an den Ratsmitgliedern selbst.

Ratsherr Gaberle bestätigt die Verbesserung, die Geschäftsordnung sei in Ordnung.

Ratsherr Köppen weist darauf hin, dass man derartige Anfragen bilateral im Vorwege hätte klären können. Dadurch hätte viel Zeit gespart werden können.

Ratsfrau Esders bedankt sich für den Austausch und zieht ihren Antrag zurück.